

Workshop „Direkte Demokratie, mehr unmittelbare Entscheidungsmacht für den Bürger?

Samstag 1.10.2016, 14.30 bis 17.00 Uhr, Freiraum Wels

Ausgangslage:

Das überall und immer stärker spürbare Unbehagen mit unserer Demokratie (die Politik agiert völlig losgelöst von den Bedürfnissen der überwiegenden Mehrheit der BürgerInnen), die daraus resultierende Ohnmachtsgefühle und das zunehmende Desinteresse der Bürger gefährden immer bedrohlicher unsere demokratische Handlungsfähigkeit.

Stichworte: Globalisierung/neoliberale Wirtschaftsdoktrin und die daraus resultierenden „Sachzwänge“ wie Sparpakete (überwiegend im Sozialbereich), Privatisierungen, etc.

Wir haben eine paradoxe Situation beleuchtet: einerseits engagierte Initiativen, die sich Gedanken zur Verbesserung (= mehr direkte Mitsprache / Beteiligung) unserer Demokratie machen, andererseits ein in dieser Konsequenz bislang beispielloser Angriff auf unsere bestehende Demokratie: die sog. „Handelsabkommen“, der Versuch die repräsentative Demokratie in eine „marktkonforme“ (©Angela Merkel) Demokratie umzudefinieren, mittels „Terrorprävention“ bürgerliche Grund- und Freiheitsrechte auszuhebeln, dazu gehört auch die mittlerweile mögliche flächendeckende Datenüberwachung beinahe aller BürgerInnen, uvam.

Was ist zu tun?

Notwendig ist die SELBSTERMÄCHTIGUNG engagierter Bürger diese immer unhaltbareren Zustände noch zu ändern bevor es endgültig zu spät ist.

Wie?

Engagement bei Initiativen wie beispielsweise „mehrDemokratie“, Vernetzungsarbeit mit gleichgesinnten Initiativen aus allen Bereichen zivilgesellschaftlicher Engagements, denn nur gemeinsam können wir genügend Druck auf etablierte PolitikerInnen ausüben. Wichtig ist, einerseits der Politik generell die Lenkungsmacht zurückzugeben, die immer mehr der „Wirtschaft“ überlassen wird und die Politik immer mehr auf die Gestaltung der Rahmenbedingungen („Wirtschaftsförderung bzw. „Entfesselung“ der Wirtschaft) reduziert, andererseits mittels „direkter“ Demokratie mehr unmittelbare Beteiligung der BürgerInnen zu erreichen.

„Was ist direkte Demokratie“?

Unser Resümee: Direkte Demokratie stellt eine *Korrekturmöglichkeit* dar. Viele Entscheidungen der Politik sind grundsätzlich in Ordnung. Es gibt aber immer wieder

strittige politische Entscheidungen, die sichtlich nicht der Mehrheitsmeinung entsprechen, daher ist eine Korrekturmöglichkeit notwendig, hier per Referendum einzugreifen.

Natürlich wird das in der Demokratie-Debatte bereits sehr kontroversiell debattiert. Auch von Christian Felber gab es sehr kritische Anmerkungen. Dennoch waren wir der Meinung, die Vorteile überwiegen die Nachteile. Es ist auf alle Fälle eine Verbesserung des Ist-Zustands. Niemand behauptet, das Schweizer Modell sei das Nonplusultra der demokratischen Möglichkeiten, weitere Verbesserungen können Schritt für Schritt eingeführt werden. Und: einen Volks-Irrtum muss eine gestandene Demokratie schon aushalten, das Schweizer Beispiel zeigt, dass diese Entscheide in der Regel sehr maßvoll ausfallen und selbst unter dem Druck rabiater Kampagnen kaum ins Extreme ausarten.

Wie soll das direkte Plebiszit gestaltet sein?

Wir waren uns anfangs nicht schlüssig. Soll es von oben nach unten, von unten nach oben gehen oder soll es beides geben?

Für ersteres gibt es in Österreich ein (erfolgreiches) Beispiel: die Abstimmung über Zwentendorf. Zweiteres ist die gängige Schweizer Praxis.

Abschließend haben wir zwei praktische Beispiele analysiert:

1. Die „Bürgerbefragung“ in Wels am 2.10.2016 und
2. das Schweizer Modell anhand der konkreten Abstimmungstexte.

Der direkte Vergleich hat uns die eklatante Schwäche der Welser Bürgerbefragung und die Überlegenheit des ausgereiften Schweizer Vorbilds deutlich vor Augen geführt:

die Fragen wurden nur ziemlich verkürzt dargestellt, keine wirklich ausreichende und gut argumentierte Beschreibung der positiven/negativen Auswirkungen. Gegendarstellungen/Alternativvorschläge/der exakte Gesetzes-/Verordnungstext, etc. wie im Schweizer Vorbild klar ersichtlich, fehlen.

Hier zeigte sich leider nur eine populistische Husch-Pfusch-Aktion, die mittels Wischi-Waschi-Fragen direkte Bürgerbeteiligung vorgaukelt.

Anmerkung: Wir haben uns nur mit der formalen Ausgestaltung, nicht jedoch mit den konkreten Fragestellungen auseinandergesetzt, da dies städtische bzw. staatliche Eigenheiten waren, die uns in diesem Zusammenhang nicht interessierten.

Fazit war: ordentlich gewählte PolitikerInnen sollen regieren (= entscheiden), das ist ihre definierte Aufgabe, somit entfällt eigentlich die Notwendigkeit einer Demokratie von oben (bei besonders polarisierenden Fragen soll es dennoch, siehe Beispiel Zwentendorf, eine Volksabstimmung geben können), der Korrektur mittels Gegenentscheid von unten ist der Vorzug zu geben.

Wichtig ist ebenfalls, dass ein Volksentscheid, egal welches Resultat er zeitigt, auch rechtlich bindend für die Politik sein muss.

Natürlich soll man auch gründlich und sorgsam über Einschränkungen diskutieren: die Aushebelungen der deklarierten Menschenrechte, Angriffe auf den Minderheitenschutz usw. dürfen keinesfalls Gegenstand von Volksentscheiden sein.